



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 25.01.2012

ÖFFENTLICH

TOP 1

Sanierung von Sportanlagen - Priorisierung
2012/2013

Vorl.Nr. 007/12

Beschluss:

Die im Haushaltsplan 2012 und im Investitionsprogramm 2013 enthaltenen Mittel für die Sanierung von Sportanlagen (je 700.000 € für 2012 und 2013) werden wie in Anlage Nr. 1 der Vorl. Nr. 007/12 aufgeführt zugeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Herr **Fröhlich** (FB Bildung, Familie, Sport) stellt unter Verweis auf die Vorl. Nr. 007/12 die vorgeschlagene Priorisierung der Sanierung von Sportanlagen vor.

Stadtrat **Kromer** und seine Fraktion können den Beschlussvorschlag unterstützen, insbesondere da dieser mit dem Stadtverband für Sport abgesprochen sei. Er begrüße die Eigeninitiative des Hockey-Clubs Ludwigsburg und die flexible Handhabung der Verwaltung.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Kromer** erklärt Herr **Fröhlich**, dass die Verwaltung vermutlich im April 2012 einen Bescheid bzgl. des Landeszuschusses erhalten werde. Zu diesem Zeitpunkt können die Jahre, in denen die Maßnahmen realisiert werden, noch getauscht werden.

Stadtrat **Dr. Bohn** und Stadtrat **Weiss** teilen mit, dass ihre Fraktionen dem Beschlussvorschlag ebenfalls zustimmen können.

Herr **Fröhlich** erläutert, dass die Gesamtkosten des Neubaus Kunstrasenplatz SKV Eglosheim 400.000 Euro betragen. Dagegen belaufen sich die gesamten Baukosten des Neubaus Kunstrasenplatz HCL auf rund 700.000 Euro.

Stadträtin **Steinwand** könne der Vorlage zustimmen. Sie hätte sich jedoch weitere Informationen zum Hockey-Club Ludwigsburg z. B. bezüglich der Mitgliederentwicklung oder der Anzahl der Gruppen gewünscht. Sie schlägt vor, im Zuge der Sanierung des Kunstrasenplatzes der DJK

Ludwigsburg den Fußzugang zur Schösslesfeldschule zu verlegen.

Herr **Fröhlich** sagt zu, eine mögliche Verlegung des Fußweges zu prüfen.

Stadtrat **Heer** könne der Priorisierung der Sanierung von Sportanlagen zustimmen. Da der Boden des Tennenplatzes des SKV Eglosheim verseucht sei, möchte er wissen, ob in letzter Zeit Bodenproben bzw. Untersuchungen durchgeführt worden seien.

Stadträtin **Lange** spricht sich auch für den Beschlussvorschlag aus.

Herr **Fröhlich** teilt dem Gremium mit, dass die Verwaltung davon ausgehe, dass nur der Belag an der Oberfläche des Tennenplatzes SKV Eglosheim getauscht werden müsse. Vor der Baumaßnahme werden noch entsprechende Untersuchungen durchgeführt.

Im Anschluss lässt EBM **Seigfried** über die Vorl. Nr. 007/12 abstimmen.

TOP 2

Sporthalle Oststadtschule

Vorl.Nr. 009/12

Beratungsverlauf:

Herr **Fröhlich** (FB Bildung, Familie, Sport) stellt unter Bezugnahme auf die Vorl. Nr. 009/12 das geplante Raumprogramm für den Sporthallenneubau Oststadtschule vor.

EBM **Seigfried** ruft außerdem den Antrag der SPD-Fraktion vom 25.01.2011, Vorl. Nr. 001/11, zur Beratung auf.

Stadtrat **Kromer** erinnert daran, dass die CDU-Fraktion bereits im Jahr 2007 beantragt habe, den Bau einer Schulsport- und Vereinstrainingshalle in der Oststadt in das Investitionsprogramm aufzunehmen. Die bestehende Sporthalle biete für die Schüler die schlechtesten Bedingungen im gesamten Stadtgebiet, so dass ein qualifizierter und bildungsplankonformer Schulsport nicht oder nur sehr reduziert möglich sei. Die vier großen Fraktionen des Gemeinderates haben deshalb im Februar 2011 den baldigen Neubau einer Sporthalle Ost unabhängig vom Fortschritt des Sportparks Ost beantragt. Die Planungszelle Sportpark bevorzuge den Standort südlich der Eishalle. Außerdem schlage die Planungszelle eine dreiteilbare Einfachsporthalle mit möglichst geringen Baukosten und ein auf das Notwendige beschränktes Raumprogramm vor. Die Vorl. Nr. 009/12 enthalte ein schlüssiges Konzept, welches mit Schule und Stadtverband abgestimmt sei. Die vorgeschlagene Dreifeldhalle sei für die Schule mit Jugendbegleiterprogramm bestens geeignet.

Stadträtin **Schittenhelm** spricht sich für den Neubau einer dreiteilbaren Sporthalle an diesem Standort aus. Allerdings hätte sie es begrüßt, wenn das Raumprogramm sechs gesonderte Duschen und Umkleiden enthalten würde. Sie wünscht sich, entsprechend dem Antrag der SPD-Fraktion vom 25.01.2011, Vorl. Nr. 001/11, eine gesonderte Prüfung zu den Entwicklungsmöglichkeiten der Schulsozialarbeit sowie der offenen Jugendarbeit in der Oststadt.

Stadtrat **Glasbrenner** spricht sich für eine schnelle Realisierung des Sporthallenneubaus aus.

Dafür solle möglichst bald der Standort der Halle festgelegt werden. Allerdings könne er nicht nachvollziehen, weshalb eine Dreifeldhalle erforderlich sei, da für den Schulsport auch eine Zweifeldhalle ausreiche. Sollte aber eine Dreifeldhalle realisiert werden, müssten konsequenterweise auch sechs Duschen bzw. Umkleiden gebaut werden. Er bittet die Verwaltung nochmals zu prüfen, ob auf einer Einheit mit 15 x 27 Metern Volleyball gespielt werden könne. Er weist darauf hin, dass auch nach einem Sporthallenneubau in der Oststadt, noch zwei Probleme mit den Hallen in Oßweil und Poppenweiler bestehen. Er schlägt vor, die Beratung auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales zu vertagen. Dadurch könnten die Fraktionen nochmals beraten, ob sie eine Zweifeldhalle oder eine Dreifeldhalle bevorzugen.

Stadträtin **Klett-Heuchert** erklärt, dass sich ihre Fraktion bei der Abstimmung enthalten werde. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe bereits bei den Beratungen zum Haushaltsplan 2012 angekündigt, dass sie den Neubau von Sporthallen nicht befürworten werde, wenn für das Jahr 2012 keine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes beschlossen werde.

Stadtrat **Heer** ist der Meinung, dass der Neubau einer Sporthalle in der Oststadt erste Priorität habe. Er hält das in der Vorl. Nr. 009/12 dargestellte Raumprogramm für zu wenig aussagekräftig. Er bemerkt, dass vor der Beschlussfassung noch Aufklärungsbedarf bezüglich Gestaltung, Standort, Durchführung und Ausschreibung bestehe. Er schließt sich dem Vorschlag von Stadtrat Glasbrenner, die Beratung zu vertagen, an.

Stadträtin **Lange** vertritt den Standpunkt, dass das vorgeschlagene Raumprogramm mit zu hohen Kosten verbunden sei.

Herr **Fröhlich** erklärt, dass vor dem Hintergrund des demographischen Wandels häufig kleinere Hallenteile erforderlich seien.

Stadtrat **Herrmann** regt an, dass die Verwaltung den Kostenunterschied zwischen einer Zweifeldhalle und einer Dreifeldhalle darstelle.

Nachdem sich das Gremium einmütig für eine Vertagung dieses Tagesordnungspunktes ausspricht, sagt EBM **Seigfried** zu, dass die Beratung in der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales am 15.02.2012 fortgesetzt werde. Bis dahin werde die Verwaltung noch Informationen zu den Kosten und den Nutzungsmöglichkeiten nachreichen.

TOP 2.1

Jugendtreff in der Oststadt/Räume der
Schulsozialarbeit an der Oststadtschule - Antrag
der SPD-Fraktion vom 25.01.2011

Vorl.Nr. 001/11

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.

Beschluss:

Die Stadt Ludwigsburg als Schulträger stimmt der Ausweitung des an der Eberhard-Ludwig-Schule bestehenden Schulversuchs „Zweijährige Kooperationsklasse Förderschule – Berufsvorbereitungsjahr“ ab dem Schuljahr 2011/12 auf die Silcherschule und weitere drei Förderschulen im Landkreis und zwei beruflichen Schulen zu.

Die den Schülern tatsächlich entstehenden Mehrkosten für die Fahrt von den beiden Ludwigsburger Förderschulen zu der jeweiligen beruflichen Schule werden von der Stadt Ludwigsburg als Freiwilligkeitsleistung den Schülern erstattet, die keine Fahrkarte besitzen, die die Fahrtstrecke Förderschule-Berufsschule abdeckt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Frau **Karcheter** (FB Bildung, Familie, Sport) stellt unter Verweis auf die Vorl. Nr. 001/12 die Ausweitung des Schulversuchs Kooperationsklasse Förderschule – Berufsvorbereitungsjahr auf die Eberhard-Ludwig-Schule und die Silcherschule vor. Außerdem geht sie auf die vorgeschlagene Übernahme der Kosten für die Schülerbeförderung ein.

Das Gremium lobt einmütig die Ausweitung des Schulversuchs und spricht sich zustimmend für die Übernahme der Fahrtkosten aus.

Stadtrat **Heer** ergänzt, dass die Voraussetzungen für den Schulversuch durch den Antrag der FDP geschaffen worden seien, der im Juli 2005 im Kreistag gestellt worden sei.

Anschließend ruft EBM **Seigfried** zur Abstimmung über die Vorl. Nr. 001/12 auf.

Beratungsverlauf:

Frau **Karcheter** (FB Bildung, Familie, Sport) erklärt als Ergänzung zur Vorl. Nr. 003/12, dass derzeit Anfragen zur Schulsozialarbeit von folgenden Schulen vorliegen:
Campus-Gymnasien, Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Friedensschule, Schubartschule,

Oststadtschule II und ein gemeinsamer Antrag der Grundschulen des Innenstadtcampus.

Bezüglich des Antrags der Stadträte Burkhardt und Hillenbrand vom 23.11.2011, Vorl. Nr. 555/11, führt EBM **Seigfried** aus, dass vergangenem Dienstag ein Fachgespräch mit den derzeitigen Trägern der Schulsozialarbeit stattgefunden habe. Dabei seien sich die Träger einig gewesen, dass Schulsozialarbeit möglichst frühzeitig und präventiv erfolgen solle. Außerdem benötigen die Träger objektivierbare Kriterien um den Bedarf an Schulsozialarbeit festzustellen.

Stadtrat **Meyer** erklärt, dass seine Fraktion die Verwaltung bei der Schaffung der beiden Stellen für die Schulsozialarbeit unterstützen werde. Weiter betont er, dass Schulsozialarbeit sehr wichtig sei. Er bemängelt, dass die Vorl. Nr. 003/12 keine Aussagen zu den Kriterien für die Auswahl der Schulen enthalte. Er bittet darum, dass bei der Auswahl beachtet werde, was die verschiedenen Schulen bereits anbieten um parallele Förderungen zu vermeiden. Darüber hinaus solle die Verwaltung möglichst zeitnah einen Beschlussvorschlag mit den Auswahlkriterien sowie der Verwendung der Stellen vorlegen.

Stadtrat **Daferner** bewertet die Vorlage und die geführten Gespräche mit den Trägern der Schulsozialarbeit positiv. Er hält es für notwendig, dass die Verwaltung mit Netzwerken und Fördervereinen zusammenarbeite. Er schlägt vor, bei der Schulsozialarbeit für den Schulcampus auch die Jugendförderung einzubeziehen.

Stadträtin **Moersch** hält die Schulsozialarbeit auch für ein geeignetes Thema für die Klausur des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales. Ihre Fraktion begrüße die Aufstockung der Stellen für Schulsozialarbeit. Sie ist der Meinung, dass vor allem an der Elly-Heuss-Knapp-Realschule ein dringender Bedarf für Schulsozialarbeit bestehe. Allerdings werde die Schulsozialarbeit auch an den Gymnasien immer wichtiger.

Stadtrat **Dr. Vierling** hält Schulsozialarbeit an allen Schulen sinnvoll und betont, dass das Ziel der flächendeckende Ausbau von Schulsozialarbeit sein müsse. Er ist der Ansicht, dass eine der beiden neuen Stellen für die Grundschulen des Innenstadtcampus eingesetzt werden solle.

Stadtrat **Heer** unterstreicht, dass Schulsozialarbeit notwendig und sinnvoll sei.

Stadträtin **Lange** erklärt, dass die Vorlage eine gute Grundlage für die Entscheidungen darstelle, aber noch mehr Informationen erforderlich seien. Es müsse auch geklärt werden, welchen Ansatz die Stadt bei der notwendigen Zusammenarbeit zwischen der Schule und der Jugendhilfe verfolge.

EBM **Seigfried** führt aus, dass die Stadt in den Jahren 2005/2006 eine Leistungsvereinbarung für die Schulsozialarbeit entwickelt habe, die Qualitätsmerkmale enthalte. Außerdem befinde sich die Stadt Ludwigsburg mit 9 Stellen für die Schulsozialarbeit in einer guten Situation. Die Frage nach der Schulsozialarbeit an den Campus-Gymnasien müsse im Zusammenhang mit der Gestaltung der Ganztagesbetreuung und der Entwicklung eines Gesamtkonzeptes geklärt werden.

TOP 4.1

Haushalts- und Investitionsplan 2012 ff.: Neue Personalstellen für die Schulsozialarbeit - Antrag von Stadträtin Burkhardt (LUBU) und Stadtrat Hillenbrand (Linke) vom 23.11.2011

Vorl.Nr. 555/11

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 4.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Bildung, Sport, Soziales beschließt, die private Klett-Schütte GmbH im Jahr 2013, ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme der neuen Betriebskindertageseinrichtung mit 45 Plätzen für Kinder unter drei Jahren und 10 Plätzen für Kinder über drei Jahre in die Bedarfsplanung der Stadt Ludwigsburg aufzunehmen.
2. Der Ausschuss für Bildung, Sport, Soziales beschließt bei der Bezuschussung des Trägers Klett-Schütte GmbH, eine Pauschalabrechnung anzuwenden. Hierbei werden die anerkannten Betriebskosten auf Basis der vom Städte- und Gemeindetag festgelegten Kosten/Platz errechnet. Der Träger erhält für Betreuungsplätze für Kinder im Alter von 3-6 Jahren einen Zuschuss in Höhe von 63 % der anerkannten Betriebskosten und für Kinder im Alter von 0-3 Jahren einen Zuschuss in Höhe von 68 % der anerkannten Betriebskosten.
3. Der Zuschuss wird erstmalig 2013 ab dem Zeitpunkt der voraussichtlichen Inbetriebnahme zum Oktober 2013 gewährt. Die Ausgaben und Einnahmen werden entsprechend in den Haushaltsjahren angemeldet. Der Zuschussbedarf beläuft sich 2013 auf 118.912,50 €; 2014 auf 475.650,00 € und ab 2015 auf 28.547,00 € und ist in der Finanzplanung berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Frau **Jäger** (Klett-Schütte GmbH) stellt die Seepferdchen Kinderkrippen vor. Dabei geht sie insbesondere auf die pädagogischen Ziele, den Personalschlüssel und die Qualifikation der Mitarbeiter(innen), das Betreuungsangebot sowie die Finanzierung und die Betreuungsgebühren ein.

Stadträtin **Kopf** erklärt, dass sie der Vorl. Nr. 591/11 zustimmen könne. Sie begrüße es, dass nun auch ein guter privater Träger eine Betreuung für Kinder unter drei Jahren anbiete.

Stadtrat **Dr. Bohn** bewertet den entstehenden Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Trägern bzw. Einrichtungen der Kinderbetreuung positiv. Das Angebot der Seepferdchen Kinderkrippen sei vor allem aufgrund des flexiblen Angebots z. B. durch die Möglichkeit, Stunden bei Bedarf dazu zu buchen, sehr gut. Außerdem sei der Standort der Kinderkrippe auf dem Bleyle-Areal ideal.

Stadträtin **Moersch** teilt mit, dass sie dem Beschlussvorschlag ebenfalls zustimmen könne. Sie spricht sich für dieses neue Konzept und die Schaffung betrieblicher Kinderbetreuungsplätzen aus.

Stadträtin **Klett-Heuchert** vertritt die Meinung, dass die Schaffung von weiteren Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren wichtig sei. Allerdings weist sie darauf hin, dass die hohen Beiträge nur mit einem Unternehmenszuschuss möglich seien.

Stadtrat **Heer** spricht sich für den Beschlussvorschlag aus und erinnert daran, dass seine Fraktion

schon seit langem Betriebskindergärten fordere. Er hoffe, dass noch weitere Unternehmen betriebliche Betreuungsplätze anbieten werden.

Stadträtin **Lange** bestätigt, dass es sich um ein sehr gutes Konzept handele.

Frau **Jäger** erläutert, dass die Aufnahme von mehr als 10 Kindern über drei Jahre schwierig sei, da diese andere Anforderungen an die Räume hätten als Kinder unter drei Jahren. Außerdem möchten viele Eltern, dass ihre Kinder ab dem 3. Lebensjahr wohnortnah, nicht mehr arbeitsplatznah, betreut werden.

Zu der Anlage 6 der Vorl. Nr. 591/11 erklärt Frau **Schober** (FB Bildung, Familie, Sport), dass die Elternbeiträge direkt an den Träger fließen. Da der Stichtag für die Gewährung von FAG-Mitteln jeweils der 1. März des Jahres sei, können die Zuschüsse frühestens im Jahr 2015 erfolgen.

Im Anschluss lässt EBM **Seigfried** über die Vorl. Nr. 591/11 abstimmen.

TOP 6

ESF-Bundesprogramm "Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier" (BIWAQ): Projektstart in Grünbühl-Sonnenberg

Vorl.Nr. 008/12

Beratungsverlauf:

Herr **Scheuermann** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) verweist auf die Vorl. Nr. 008/12 und berichtet über den bewilligten Antrag für das Programm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ im Stadtteil Grünbühl-Sonnenberg. Am 16.03.2012 werde eine öffentliche Auftaktveranstaltung stattfinden, zu der auch die Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales eingeladen werden.

Stadtrat **Herrmann** stellt fest, dass sich die Situation in Grünbühl-Sonnenberg in den letzten Jahren verbessert habe. Das Programm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ könne durch die Bereitstellung von Hilfe zur Selbsthilfe zu einer weiteren Verbesserung führen.

Stadtrat **Dr. Bohn** bewertet es positiv, dass im Stadtteil Grünbühl-Sonnenberg weitere Maßnahmen durchgeführt werden.

Stadträtin **Moersch** erklärt, dass die Bewilligung des Projektantrages eine erfreuliche Nachricht sei. Sie vermutet, dass sich die Lage in Grünbühl-Sonnenberg in den nächsten drei Jahren stabilisieren werde.

Stadtrat **Dr. Vierling** freut sich über die Bewilligung des Antrags. Die vorgestellten Teilprojekte seien insbesondere begrüßenswert, da damit in drei Jahren etwa 140 Personen erreicht werden sollen.

Stadtrat **Heer** lobt, dass die Projekte der „Sozialen Stadt“ nun im Programm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ fortgesetzt werden können. In den Stadtteilen Eglosheim und Grünbühl-Sonnenberg habe sich gezeigt, dass diese Fördermaßnahmen sehr erfolgreich seien.

Stadträtin **Lange** schließt sich ihren Vorrednern an.

EBM **Seigfried** erläutert, dass mit den Teilprojekten von verschiedenen Trägern möglichst viele

Zielgruppen erreicht werden sollen. Eine Zusammenfassung der Teilprojekte sei deshalb nicht sinnvoll.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Weiss** sagt Herr **Scheuermann** zu, dass die Verwaltung einen Zwischen- und Erfolgsbericht erstellen werde um den Erfolg des Programms zu evaluieren. Außerdem werde von den Trägern der Teilprojekte eine Dokumentation verlangt, die z. B. aufzeige wie viele Teilnehmer in Praktika oder Arbeitsverhältnisse vermittelt werden konnten.